

Haushaltsloch und die Folge für die Beschäftigten der Stadt

Der große Ausgabenblock sind die Personalkosten und da soll nun gespart werden.

Es ist eine unbefristete Wiederbesetzungssperre von 6 Monaten beschlossen.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst stehen kurz vor einer Tarifrunde. Die Gewerkschaft ver.di fordert:

- 8% mehr Geld, mindestens 350€
- Höhere Zuschläge für belastende Tätigkeiten
- 3 zusätzliche freie Tage für Alle und einen weiteren für Gewerkschaftsmitglieder
- Ein „Meine-Zeit-Konto“ für mehr Flexibilität
- 200€ mehr für Azubis und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf

Mehr Geld, mehr Freizeit, mehr Entlastung. Die erste Verhandlungsrunde ist im Januar.

Obwohl die Beschäftigten die Gesellschaft am Laufen halten, ist Personalknappheit jetzt schon spürbar. Die unbesetzten Stellen werden die Situation verschärfen. Überlastungen werden sich häufen.

Wiederbesetzungssperren im sozialen Bereich sollen jedoch meist nicht greifen. Hier ist die Personalvertretung der Stadt im engen Austausch mit dem Oberbürgermeister. Eine stabile Personalbesetzung im Jobcenter wird u. A. auch durch den DGB vor Ort gefordert.

Verena Hofbauer

ver.di OV Vorsitzende ER

Mitglied des DGB-KV ER/ERH